

Halle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 331 Jahrg. 215

für Anhalt und Thüringen.

Einzelpreis 1 Mark

Bezugspreis: monatlich 12.00 — ohne Zustellgebühr. Bestellungen nehmen sämtliche Postämter, Briefträger und andere Ausgabestellen entgegen.
Geldstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 6809 und 6610. — Postfachkonto: Leipzig 20 512.

Morgen-Ausgabe
Dienstag, 18. Juli 1922

Anzeigenpreis: Die Spalte 34 mm breit und 4 mm hoch 4.—, die Spalte 30 mm breit und 4 mm hoch 3.—, die Spalte 26 mm breit und 4 mm hoch 2.—, die Spalte 22 mm breit und 4 mm hoch 1.—, die Spalte 18 mm breit und 4 mm hoch 0.75, die Spalte 14 mm breit und 4 mm hoch 0.50.
Geldstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Karstadt 22-6370
Eigene Berliner Schriftleitung. — Druck v. Druck von Otto Stiehl, Halle-Saale

Die U. S. P. für das Schutzgesetz

„Block der Mitte — kein Bürgerblock“ oder die Absage der Demokratie an das Bürgertum

Ein Beschluß der Unabhängigen

Berlin, 17. Juli.

Es war zu erwarten, daß die Mehrheitsfraktionen die Bestrebungen der bürgerlichen Mittelparteien auf Bildung einer Arbeitsgemeinschaft durch einen Gegenbruch kennzeichnen würden. Dieser ist heute nicht eingetreten. Neben den Fraktionen der bürgerlichen Parteien tagten auch die Mehrheitsfraktionen und Unabhängigen. Erstere jedoch tranken die Sitzung ab, um abzuwarten, wie die Verhandlungen ihrer Führer mit den Unabhängigen ablaufen würden, die auf eine billige Vermittlung der beiden Fraktionen hinauslaufen. Durch eine solche Vermittlung würde der Einfluß der sozialistischen Kräfte auf die Regierung noch größer werden, und die bürgerlichen Mittelparteien wären infolgedessen vor die Frage gestellt, ob ihre Arbeitsgemeinschaft nun wirklich als entscheidende Vertretung des bürgerlichen Standpunktes gegenüber den sozialistischen Mittelsänderungen aufgestellt werden kann. Die man hier, sollen die Mehrheitsfraktionen als weiteres Druckmittel ertragen haben, aus der Koalition auszuscheiden.

Nach der Redaktionsführung erhielten wir folgende Meldung: Die Reichstagsfraktion der U. S. P. D. beschloß heute mit 39 gegen 17 Stimmen für das Gesetz zum Schutz der Republik zu stimmen, womit die für ein verfassungsänderndes Gesetz erforderliche Zweidrittelmehrheit gesichert ist. Es wird erwartet, daß der Reichstag morgen alle noch nicht abgeschlossenen Arbeiten erledigen und in die Sommerferien gehen wird.

Von demokratischer Seite aus ist man eifrig bemüht, die Sozialdemokratie vor der Spaltung in die Arbeitsgemeinschaft zwischen Zentrum, Demokratie und Deutscher Volkspartei zu übergehen. Unter diesem Gesichtspunkt spricht die demokratische „Wof. Ztg.“ u. a.:
„Die Führer der Parteien der neuen Arbeitsgemeinschaft, die am Sonntag aufgenommen werden, waren sich darin einig, daß die Arbeitsgemeinschaft unter keinen Umständen einen Bürgerblock darstellen sollte, der auf den Kampf nach links eingestellt werden. Vielmehr müsse beim Zustandekommen der Arbeitsgemeinschaft in ihrer öffentlichen Antikörperung ausdrücklich betont werden, daß die Zusammenarbeit mit der sozialistischen Arbeitsgemeinschaft schon deshalb unbedingt notwendig sei, weil sonst eine parlamentarische Mehrheit und damit auch eine Stabilisierung unserer politischen Verhältnisse nicht erzielt werden könne.“

Und ferner: Es fragt sich nun, welche Folgen die Bildung dieser Arbeitsgemeinschaft für die parlamentarische und damit für die politische Situation haben wird. Es scheint geradezu zu sein, die Mehrheitsfraktionen haben zu überzeugen, daß diese Arbeitsgemeinschaft sich nicht gegen die Koalition zu stellen und auch keinen feindseligen Akt gegen die sozialistischen Parteien bedeuten soll. Die Mehrheitsfraktionen scheinen deshalb auch seiner Auflösung weniger geneigt zu sein als noch am Sonntag. Ihre Fraktionsführung am Sonntag war nur kurz. Denn die Fraktion war sich darüber einig, daß der Schlüssel zur Lage ausschließlich bei den Unabhängigen Sozialdemokraten liegt. . .

Dieser kurze Auszug aus der „Wof. Ztg.“ genügt schon, um den Weg zu zeigen, den man gehen will. Die Furcht vor der Sozialdemokratie ist im demokratischen Lager tief. Warum? Weil man fürchtet, das Wohlwollen der Wähler zu verlieren, auf das man alles aufgebaut hat. Diese Furcht der „Wof. Ztg.“ beschränkt unsere Feststellung immer wieder, daß man in der Demokratischen Partei immer mehr vergißt, eine Bürgerpartei zu sein, und vielmehr gleichgültig den demokratischen Parteiführer Dornblüth, der sich in der Sonntagsgespräch der „Sozial-Ztg.“ mit der „Halle'schen Zeitung“ glaubt auseinanderzusetzen zu müssen. Wenn, so fragen wir Herrn Dornblüth — der übrigens die „Halle'sche Zeitung“ mit „offen Kamellen“ schlagen zu können glaubt —, die Demokratische Partei wirklich sich ihrer Bürgerlichkeit bewußt ist, warum dann das Verschweigen der Sozialisten, warum dann die ängstliche Verhöhnung aller Bürgerlichen? Die „Wof. Ztg.“ schreibt groß auf der ersten Seite: „Block der Mitte — kein Bürgerblock.“ Damit kennzeichnet sie die Stellung der Demokraten zum Bürgertum besser, als wir es tun könnten.

Die Arbeitsgemeinschaft wird somit zu einer Farce gestempelt und wird nur dazu beitragen, daß der Rinken der Ramm noch mehr schmilzt. Exempla docent. Durch solche Quacksalberei bringt man das Bürgertum in ernste Gefahr. Es ist nichts anderes, als eine Auslieferung an die Straße.

Der „Vorwärts“ stellt fälschlich in heiliger Entrüstung fest, die Bestrebungen der bürgerlichen Presse über den Vorstoß der „Gewerkschaften“ seien gänzlich überflüssig, da diese durchaus nicht ins politische Getriebe eingreifen wollen, sondern lediglich eine „vermittelnde Tätigkeit“ betreiben. Wir waren dieser Bestimmung gegenüber gleich mißtraulich und sehen nunmehr unter Mißtrauen täglich durch die Haltung der sozialistischen Gewerkschaften bestätigt. Der „Klassenkampf“ veröffentlicht beispielsweise folgende Entschlüsse sozialistischer Betriebsräte:

Der DDB-Ortsausschuß Remscheid fordert von den drei sozialistischen Reichstagsfraktionen wie von den Spitzenorganisationen schärfstes Eintreten für die Berliner Forderungen. Ein

Scheiden steht die Arbeiterchaft als einen Verrat an. Wir warnen die Parteien im letzten Augenblick. Kein Ausweichen. Entweder Annahme der unveränderten Forderungen oder fort mit diesem Reichstag.

Die DDB-Ortsausschuß Remscheid, verlangen von den Spitzenorganisationen, das Schlichtungsgesetz, fordern Erfüllung der Berliner Forderungen, wenn nicht, dann Einsetzen für Reichstagsauflösung, Bildung Arbeiterregierung.

Für die SPD: Völk; KAP: Steiner; KPD: Fromme. Gewerkschaften: DDB-Ortsausschuß Remscheid, verlangen von den Spitzenorganisationen, das Schlichtungsgesetz, fordern Erfüllung der Berliner Forderungen, wenn nicht, dann Einsetzen für Reichstagsauflösung, Bildung einer Arbeiterregierung. Betriebsrat: UDB: Jacobson; KPD: Reuter; UDB: Meuels; KPD: Gumbach.

Wir fordern! Das Ringen um große „Verständnisse“. Aber wir sind ja noch kein „Verständnis“. Wir fordern und bestehen! Halte die Dinge nicht. Weichheit bilden sich unsere Forderungen, aus ihren eigenen Erfahrungen, selbst ein Urteil.

Um die Zwangsanleihe

Die Beratungen des Reichstages über die Behebung der Not der Presse — Steuererlasse — Das Reichskriminalgesetz in zweiter Lesung angenommen

W. Berlin, 17. Juli.

Die Sitzung wird um 1 Uhr 35 Minuten eröffnet. Der Gesetzentwurf über die Befreiung des Notgeldes wird in allen drei Lesungen angenommen. Danach soll alles Notgeld binnen drei Monaten nach dem Inkrafttreten des Gesetzes eingezogen werden.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes wegen der Notlage der Presse

Der Ausschuß sieht in der Regierungsvorlage das Wiedereinsetzen, was zur Unterstützung der Presse geschieht. Er will außer der Abgabe von 1% Prozent der Holzverkaufspreise die gesamte Aufsätze mit einer Sonderabgabe von 1% pro Wille zugunsten der Presse leisten. Weiter wurde gewünscht, daß nicht nur die politische Tagespresse, sondern auch die gewerkschaftlichen, gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Zeitungen und Zeitschriften unterstützt werden. Die Regierung hat Berücksichtigung dieser Wünsche in den Ausführungsbestimmungen zugesagt. Grundätzlich wurde festgelegt, daß bei der Berechnung der Wertsvermehrung an die Zeitungen nach dem Papierverbrauch das für den Ankeraten- und verbrauchte Papier nicht berücksichtigt werden soll. Die Geltungsdauer des Gesetzes hat der Ausschuß vom 31. Dezember 1923 bis zum 31. März 1924 verlängert.

Reichswirtschaftsminister Schmidt hält es für zweifelhaft, daß das Gesetz die von der Presse erhoffte günstige finanzielle Wirkung haben werde. Seiner sind in den letzten Monaten viele Zeitungen eingegangen und andere sind in finanzielle Schwierigkeiten geraten. Wie können die Presse nicht der struppeligen Preisgestaltung der Papierindustrie preisgeben. Für einen demokratischen Staat ist eine unabhängige Presse eine Notwendigkeit. Die bedrohliche Lage der Presse fordert auch die Gefahr einer gewissen Korruption, wie sie in einem Teil der ausländischen Presse schon besteht. (Auf bei den Kommunisten: Auch bei uns schon!) Der Versuch, der Presse eine Abgabe für die notwendige Presse aus den Holzverkaufserlösen herauszuheben, würde sich entgegen der Absicht auf eine Abgabe von 3 Prozent beschränken. Wegen die Abgabe von sämtlichen Aufsatzartikeln in Höhe von 1% pro Wille, wie sie vom Ausschuß beschloßen worden ist, hat die Regierung keine Bedenken.

Abg. Wille (Komm.) begründet den Antrag, wonach die Abgabe vom Holzverkauf von 1/2 Prozent auf 7/2 Prozent, die Abgabe von 1% pro Wille auf 1/2 Prozent erhöht werden und das Gesetz bis 1925 gelten soll. Den Papierkapitalisten mit ihrer widerlichen Preispolitik würde energisch zu weise gegangen werden. Die Regierungsvorlage bringe in dieser Beziehung wenigstens einen kleinen Fortschritt.

Reichswirtschaftsminister Schmidt wendet sich gegen einen Zentrumsantrag, der die Abgabefreiheit fortwährend für ein Jahr Grundstücke von 10 Hektar auf 80 Hektar ausdehnen will. Bei der Annahme dieses Antrages würde die ganze Abgabe um 1/2 Pfennig sinken. Die Abgabe sei hingegen so gering, daß sie bei den großen Gewinnen der Holzverkäufer gar nicht ins Gewicht falle.

Abg. Gerab (Zentr.) erhebt um Annahme des vom Minister delegierten Zentrumsantrages. Der daraus entstehende Zinsnachlass werde nicht sehr erheblich sein.

Abg. Zuhm (Soz.) schlägt den Zentrumsantrag.

Die kommunistischen Anträge werden hierauf abgelehnt, ebenso der Zentrumsantrag. Angenommen wird ein Antrag Zuhm (Deutschland), Fortmann (Zentr.) und Gessen, wonach die Zeitungen mit weniger als 1000 Exemplaren die Abgabe von 1% pro Wille nicht bezahlen sollen. Die Abgabe von 1% pro Wille soll für die Zeitungen mit weniger als 1000 Exemplaren nicht sofort erfolgen, weil Abg. Zuhm (Deutschland) widerpricht.

Die am Sonntag wegen Reichstagsauflösung abgeschlossene zweite Beratung der Vorlage zum Reichskriminalgesetz wird dann abgeschlossen. Die Ausschlußbeschlüsse werden im wesentlichen bestätigt.

Es folgt die zweite Beratung des Zwangsanleihegesetzes.

Abg. Dr. Helfferich (Dn.)

erkennt an, daß die Regierungsvorlage im Ausschuß wesentliche Veränderungen erfahren habe. Die grundsätzlichen Bedenken seiner Freunde gegen das Gesetz befänden sich beseitigt. Die ungenügende Bekämpfung der deutschen Wirtschaft haben die größten Schwereigkeiten, sich das nötige Betriebskapital zu verschaffen. Die Aufhebung des Zwangsanleihegesetzes und die Wiederherstellung des Bankheimisses könne nur Gutes wirken. Bei der jetzigen Situation könne das Zustand unsere größten wirtschaftlichen Unternehmungen für ein halbes Jahr lahm stellen. Das kann auch für die deutsche Arbeiterchaft sehr gefährlich werden. Diese Gefahr würde außerordentlich gelindert durch eine Zwangsanleihe, darum sollte man es zunächst auf dem Wege der Freiwilligkeit versuchen.

Durch die Zwangsanleihe sollen weitere wertvolle Güter dem Volke in Reparation in den Händen der Fremden werden. Es ist gut, daß die Regierung bei dem Stand des Dollars jetzt keine weiteren Deffens laufen. Minister Rathenau hat in der letzten Unterredung, die er vor der beschlossenen Zeit mit mir hatte, mir bestätigt, daß dieser unter Vorbehalt richtig war. Wir haben unsere eigene Zahlungsunfähigkeit überlebt. Wir müssen eine gründliche Analyse über die Revision des Reparationsprogramms im Auswärtigen Ausschuss. Wegen die Zwangsanleihe müssen wir stimmen, die Abwelen zum Einkommen- und Gewerbesteuererlasse werden wir annehmen.

Abg. Dr. Geuer (D) Die außerordentliche Situation werde am meisten gelindert durch die Art, mit der die sogenannte nationale Opposition gegen den Versuch des Kapitalismus kämpft. Die Höhe der Zwangsanleihe sei genügend, der Zinsfuß zu hoch. Die Zwangsanleihe sei nur der Versuch für eine weitere Vermögenssteuer und für eine wirkliche Befreiung der Einkommen. Die Einkommen müssen so gehoben werden, daß die Republik Credit im Ausland bekommt. Darum muß die Inflation abgebaut werden. Eine weitere Senkung

Dollar amtlich 453,93 G.

* Erzeugnisse im Wert von 34.000.000 RM. im Vergleich mit dem Wert von 34.568.400 RM. im entsprechenden Zeitraum im Vergleich mit dem Wert von 18.046.040 RM. im entsprechenden Zeitraum.
Wichtigste Erzeugnisse: 32.000.000 RM.
Wichtigste Erzeugnisse: 32.000.000 RM.

Devisennotierungen

Table with columns for location (Amst.-Rottd., Buenos Aires, Brüssel, etc.), gold price (Gold), and bill price (Brief). Includes entries for Berlin, 17. Juli.

Berliner Metallnotierungen

Table with columns for metal type (Zinn, Kupfer, Nickel, etc.), price per 100kg, and other specifications. Includes entries for Berlin, 17. Juli.

Berliner Produktmarktpreise

Table listing prices for various agricultural and industrial products such as Weizen, Roggen, Gerste, and various oils. Includes entries for Berlin, 17. Juli.

Leipziger Notierungen

Table listing prices for various goods and services in Leipzig, including Chem. Bank, Leipziger Bank, and other commodities. Includes entries for Leipzig, 17. Juli.

Banths Schweinsberg & Schröder

Text advertisement for Banths Schweinsberg & Schröder, located in Halle 5, Magdeburger Str. 2. Mentions paper and printing services.

Berliner Börse vom 17. Juli 1922.

Main stock market table for Berlin, 17. July 1922. Columns include stock names (e.g., Anst. Eisenb.-Akt., Deutsche Eisenb.-Akt., Schiffahrts-Aktien), prices, and changes. Includes sections for Festverzinsl. Wertpapiere, Staatsanleihen, and Ausl. festverzinsl. Wertpapiere.